Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 51

Artikel: Das Jahr 1963 im Ostblock : der Konflikt Moskau-Peking dominiert

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076923

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Beiträge zur Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Diktatur

4. Jahrgang, Nr. 51 BERN, 27. Dezember 1963

Das Jahr 1963 im Ostblock: Der Konflikt Moskau-Peking dominiert

Die Ereignisse in den kommunistischen Ländern standen 1963 im Schatten eines Geschehens, das an Bedeutung alle andern weit übertrifft: der offene Ausbruch des schwelenden Machtkampfes zwischen China und der Sowjetunion. Die zweite Jahreshälfte insbesondere steht wesentlich im Zeichen dieses Konfliktes, in dem Perioden grösserer oder verminderter Schärfe einander ablösen. Als Ergebnis scheint aber heute festzustehen, dass er trotz aller (namentlich sowjetischer) Bemühungen in absehbarer Zukunft nicht beigelegt werden kann, es sei denn, eine nicht voraussehbare Wendung (zum Beispiel Tod Chruschtschews) trete ein. Die übrige Entwicklung im Ostblock ist aber daneben von Wichtigkeit. Sie umfasst folgende Hauptpunkte:

— Eine umfassende Partei- und Wirtschaftsreform ist von der Sowjetunion aus in Osteuropa angelaufen. Sie bringt: a) eine Unterteilung der Parteiorganisationen nach Industrie- und Landwirtschaft; b) eine neue Behörde von gemischtem Staats- und Parteicharakter als Kontrollsystem auf allen Stufen; c) teilweise Ausrichtung der Industrie auf Rentabilität.

— Die Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon), hat festere Formen erhalten: eine verbindliche Rubelwährung durch Gründung der Comeconbank, Richtlinien bis 1980 (zu denen sich auch Jugoslawien bekennt), Gemeinschaftswerke und Gemeinschaftsprojekte (Comecon-Pipeline, einheitliches Stromnetz, gemeinsamer Güterwagenpark).

— Im Gegensatz dazu ist die nationale Selbständigkeit der Volksdemokratien gewachsen. Rumänien opponierte mit halbem Erfolg gegen Comecon-Pläne, Ungarn, Polen und die CSSR betonen ihre eigenen Interessen. Der Lebensstil der einzelnen Länder weist verstärkt nationale Züge auf.

— Die wichtigste interne Entwicklung gab es in der Tschechoslowakei. Dort fand die erste echte Entstalinisierung statt, und zwar von unten nach oben, gegen die Verzögerungstaktik der Parteispitze. Im Zusammenhang damit hat die nationale Bewegung in der Slowakei starken Auftrieb erhalten. Nun steht Partei- und Staatspräsident Novotny fast isoliert da: sein Sturz in absehbarer Zeit scheint möglich. Damit ist die vorletzte Bastion des Stalinismus (ausser Albanien) erschüttert. In der letzten Bastion, der SBZ, ist noch alles beim Alten (Ulbricht).

— Auf kulturellem Gebiet fand in der Sowjetunion ein Präzedenzfall statt: Die Schriftsteller haben der offiziellen Parole zum Parteischema Widerstand entgegengebracht. Chruschtschew musste indirekt nachgeben, wenn auch einige seiner Opponenten (Jewtuschenko) in der Versenkung verschwanden. Die erstaunliche Auseinandersetzung geht beim Stand von 1:1 weiter. In der CSSR hatte der offene Widerstand der slowakischen Intelligenz sogar den eindeutigen Erfolg, die politischen Veränderungen in Gang zu bringen.

— Die Landwirtschaft des Ostblocks zeigte im Herbst durch massive Weizenkäufe im Westen ihre Schwäche. Folge: Neues Programm mit Forcierung der chemischen Industrie und insbesondere der Kunstdüngerproduktion unter Zurücksteckung anderer Planziele. Im Zusammenhang damit allgemeine Ernüchterung. Chruschtschew: «Ich denke, dass es müssig wäre, jetzt schon das Jahr zu nennen, in dem wir die USA einholen wollen.» Erfreuliche Nebenerscheinung: Reduktion der Sowjetstreitkräfte auf Jahresende.

— Auf wirtschaftlichem, kulturellem und vor allem auf touristischem Gebiet fand eine gewisse «Oeffnung zum Westen» statt. Auch die Möglichkeiten zu Auslandsreisen wurden erweitert (Ungarn, Tschechoslowakei). Allgemein trat der Westen im letzten Regierungsjahr Kennedys vermehrt in die Offensive.

Der sino-sowjetische Konflikt

datiert zwar nicht von diesem Jahr, hat aber im letzten Sommer sozusagen feststehenden Charakter angenommen. Zu Beginn des Jahres hatten die Parteien eben erst (an den KP-Kongressen Ungarns und Italiens) begonnen, ihre Vorwürfe einander direkt entgegenzuhalten, statt die zuvor gültige Spielregel anzuwenden, nämlich Albanien zu sagen, wenn man China meinte, und Jugoslawien zu sagen, wenn man die UdSSR meinte. Im Februar des neuen Jahres ging die chinesische Parteipresse

Liebe Abonnenten

Jeden Donnerstag ist Redaktionssitzung. Und im vergangenen Jahr haben wir sozusagen jeden Donnerstag über Inhalt und Gestaltung unserer Zeitung diskutiert. Die vielen Zuschriften unserer Leser wurden gründlich besprochen. Und wo immer es möglich war, haben wir Leser persönlich nach Meinung und Wünschen gefragt.

Zunächst gaben wir vom August an dem Gewand des Klaren Blicks einen moderneren Schnitt und bebilderten ihn reicher. Damit aber nicht genug! Noch lag eine lange Wunschliste unserer Leser auf: «Schreibt einfacher! Kehrt nicht den Spezialisten hervor! Druckt auch Fortsetzungsberichte! Erdrückt uns nicht mit dem schweren Stoff! Weniger wäre mehr, alle 14 Tage würde genügen!» Oft gab es saftige Kritik. Aber wo gibt es das nicht, wenn man im Kreuzfeuer steht!

Meist spürten wir aber Wohlwollen und Anteilnahme für unsere junge Zeitung. In ihrem Rahmen wollen wir alles tun, um unsere Leser zufriedenzustellen. Eigentlich müssten wir ab Neujahr den Abonnementspreis erhöhen. Seit 1960 ist er gleich geblieben, obwohl die Druckkosten kräftig stiegen und fast alle Zeitungen zu Preiserhöhungen zwangen. Diesen notwendigen Ausgleich können wir glücklicherweise mit den Wünschen vieler Leser vereinen:

Sie werden den Klaren Blick ab Neujahr alle 14 Tage erhalten, aber in grösserem Umfang und mit mehr Berichten und Beilagen. Leichter lesbar soll er werden und ansprechender.

Damit hoffen wir, einen Weg zu gehen, der näher zu Ihnen führt.

Mit dem herzlichen Dank für Ihr Verständnis wünschen wir ein glückliches neues Jahr!

Redaktion und Administration des Klaren Blicks

weiter und zog die strittigen Punkte (vor allem in der «Antwort an Genossen Thorez») vor alle Oeffentlichkeit. Am 21. Februar nahm die Auseinandersetzung formelle Züge an, als das Zentralkomitee der sowjetischen Partei (KPdSU) der entsprechenden Parteibehörde (ZK der KPCh) Chinas ein offizielles Schreiben überreichte, das von Peking am 9. März beantwortet wurde. Noch waren die Noten vorsichtig formuliert und handelten von Differenzen der hohen Theorie. Bei den berühmt gewordenen «25 Punkten», in denen das ZK der KPCh am 14. Juni seine Auffassung vom Konflikt darlegte, fiel wiederum eine Schranke. Zwar wurden nun Gespräche zwischen den verkrachten Partnern begonnen (5. Juli in Moskau), aber ein «Offener Brief» des ZK der KPdSU vom 14. Juli, der drastisch gegen die chinesische Politik nach aussen und nach innen überhaupt angriff, machte solche Bemühungen illusorisch. Danach wurden die Schmähungen der verfeindeten Brüder nahezu schrankenlos. Peking packte im September mit seiner eigenen Darstellung des Konflikts in Fortsetzungen der Parteipresse aus und warf Moskau nichts weniger vor als Verrat am Kommunismus und Zusammenspannen mit dem «amerikanischen Imperialismus». Die folgenden beiden Monate brachten eine Mässigung, da man wenigstens um den Jahrestag der Russischen Revolution den Anschein eines halbwegs einigen Lagers erwecken wollte. Aber der Vorschlag einer kommunistischen Gipfelkonferenz kam nicht zur Verwirklichung, und Kennedys Tod am 22. November liess wegen der unterschiedlichen Reaktion den Zwist in seiner ganzen Schärfe wieder aufleben.

Reformen

gehören zum Lieblingsthema Chruschtschews, der fast in allen zehn Jahren seiner Machtausübung an der Spitze der Sowjetunion grosse Erneuerungsprojekte entwarf. Das Jahr 1963 brachte die Einführung der neuen Partei- und Wirtschaftsgliederung, die vom Zentralkomitee im Herbst des Vorjahres beschlossen worden war. Die Partei wurde nach dem «Produktionsprinzip» in einen Industrieflügel und einen Agrarflügel unterteilt, was sich durch die Bildung von je zwei KP-Komitees in fast allen Gebieten, Bezirken und Verwaltungseinheiten ausdrückte, wogegen die Einheit nur auf der Ebene der Unionsrepubliken und der Union selbst gewahrt wurde. In wirtschaftlicher Hinsicht sollte die Reform ursprünglich vor allem auf grössere Rentabilität in Planung und Betrieb abzielen, doch blieb fraglich, wie weit die dazu unternommenen Schritte, die noch bis weit in den Frühling hinein angekündigt wurden (vor allem durch Gründung neuer Komitees) wirklichen Erfolg aufwiesen. Durchgeführt wurde eine erneute Zentralisierung in der Industrie, welche die 1957 begonnene Dezentralisierungskampagne Chruschtschews eigentlich widerrief. Die Anzahl der Volkswirtschaftsräte (administrative Wirtschaftsunterteilung) wurde auf beinahe ein Drittel reduziert, neben dem Volkswirtschaftsrat der UdSSR eine neue Behörde errichtet, welche zu direkten Anweisungen an alle Staats- und Wirtschaftsstellen ermächtigt ist. Die vier zentralasiatischen Republiken Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan wurden in einem gemeinsamen Wirtschaftsrayon zur Leitung der Industrie zusammengefasst. Für das Bauwesen wurden ausserhalb des Rahmens der übrigen Wirtschaftsadministration besondere Hauptverwaltungen erstellt. Zu alledem kam es zur Gründung einer neuen Kontrollinstanz, einem gemischten Partei- und Staatskomitee, dessen Einsetzung auf allen Ebenen am 18. Januar bestätigt wurde.

Laufende Parteireformen, mehr oder weniger in der Linie der Beschlüsse vom vorherigen Herbst, hielten im ersten Halbjahr an. So wurde für die kaukasischen Republiken Armenien, Aserbeidschan und Georgien ein besonderes Büro beim Zentralkomitee der KPdSU errichtet, was Moskau ermöglicht, über den Kopf der Parteiorganisationen dieser Republiken hinweg zu regieren (eine entsprechende Massnahme war zuvor bereits für die zentralasiatischen Republiken getroffen worden). Im direkten Gefolge dieser Massnahmen kam es zu Säuberungen. So wurden im März in Kasachstan allein nicht weniger als 10 000 Funktionäre entlassen.

Alle diese Reformen sind in den grossen Zügen auch in den Volksdemokratien nachgeahmt worden oder gaben Anlass zu entsprechenden Neuerungen (so der tschechoslowakischen Landwirtschaftsreorganisation vom April) auf bestimmten Gebieten. Die Unterteilung in Landwirtschafts- und in Industrieflügel ist übrigens im Laufe der Monate auch in den kommunistischen Jugendorganisationen und den Gewerkschaften vorgenommen worden.

Mit dieser Karikatur und der Beschriftung «Kennedy beisst ins Gras» reagierte die Pekinger Arbeiterzeitung («Kung-Jen Jih-Pao») auf den Mord am amerikanischen Präsidenten. Das Bild zeigt gleichzeitig, wie tief man gerät, wenn man den blinden Hass zur politischen Triebfeder wählt.

Die Wirtschaftsintegration Osteuropas...

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon), dem die europäischen Ostblockstaaten und die Mongolei angehören, hat 1963 seine Bestrebungen zu einer Arbeitsteilung in seinem Gebiet weitergefördert. Auf der Moskauer RGW-Tagung vom 24. bis 26. Juli, an der die Partei- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten selbst teilnahmen, ging man daran, die Pläne der einzelnen Länder für die Periode 1966 bis 1970 aufeinander abzustimmen. Darüber hinaus zeigte sich später beim Besuch Chruschtschews in Belgrad, dass auch Jugoslawien bereit ist, seine eigene Planung der Richtung der RGW-Zielsetzung anzugleichen. Bis jetzt funktioniert der Comecon weitgehend nur durch bilaterale Verträge zwischen den einzelnen Staaten. Die Bestrebung geht darauf, die Zusammenarbeit und Koordination möglichst durch multilate-

rale Abkommen zu ersetzen. Aber noch hat es der Comecon nicht zustande gebracht, seinen «Empfehlungen» den Charakter offizieller Verbindlichkeit zu geben, weil der Widerstand dagegen zu gross ist. Eine wichtige Voraussetzung zur Schaffung einer multilateralen Basis aber war im September die Gründung der Comecon-Bank in Moskau, die den Rubel als internationales Zahlungsmittel im RGW-Raum einführt.

Konkrete Fortschritte bezogen sich vor allem auf Vereinheitlichung von Produktionsnormen in den einzelnen Staaten. Daneben gab es noch besondere Marksteine: zu Beginn des Jahres die Einweihung der Prager Zentrale für das Comecon-Verbundnetz, das die Energiesysteme Bulgariens, Ungarns, der SBZ, Polens, Rumäniens, der UdSSR und der CSSR vereinigt, dann im Sommer der Beschluss zur Bildung eines gemeinsamen Güterwagenparks und im Dezember die Inbetriebnahme

Alexander Rankovic. Er wurde Vizepräsident Jugoslawiens und hat gute Aussicht auf die Nachfolge Titos. Er ist für stärkere Zusammenarbeit mit den Comecon-Ländern, die nach Chruschtschews Besuch in Belgrad in Aussicht genommen wurde.

der Comecon-Oelleitung «Freundschaft» bis zum ostdeutschen Schwedt. (Die Pipeline führte schon zuvor das russische Erdöl aus Kuibischew nach Ungarn und der Tschechoslowakei.)

... stösst auf Widerstand

Aber gerade dieses Jahr hatte die Sowjetunion Schwierigkeiten mit ihren Comecon-Partnern, die ihre nationalen Anliegen verstärkt betonen. Mit Rumänien bestand sogar eine akute Krise, da dieses «Entwicklungsland» sein eigenes Industrialisierungsprogramm im Rahmen der RGW-Arbeitsteilung als benachteiligt ansah. Chruschtschew hatte die dortige Forcierung der Schwerindustrie als zu kostspielig erachtet und einige Produktionszweige (zum Beispiel Traktorenerzeugung) in andere Länder verlegen wollen. Rumänien konnte zum Nachgeben veranlasst werden, aber nicht ohne dass ihm Konzessionen gemacht worden wären (Sowjetbeteiligung an Maschinenindustrie).

Aber auch abgesehen vom rumänischen Sonderfall zeigten sich Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten. Sie rühren natürlich daher, dass jeder Partner bei der Spezialisierung und Arbeitsteilung die rentabelsten Produktionsaufträge zugewiesen erhalten möchte, selber aber möglichst auf nichts verzichten will. Die CSSR hat dieses Jahr zum Beispiel recht unverhohlen den Anspruch gestellt, die Ostblockproduktion von Personenwagen ganz zu übernehmen, was anscheinend nicht nur auf Kosten der SBZ und Polens, sondern auch der Sowjetunion ginge.

Das Bestehen des sino-sowjetischen Konfliktes hat den einzelnen europäischen Ostblockstaaten zusätzlich eine gewisse Erpressungsmöglichkeit gegeben, um ihre eigenen Wünsche durchzusetzen.

Die Tschechoslowakei im Tauwetter

Spät kam sie, doch sie kam: die Entstalinisierung in der Tschechoslowakei. Zwar ist sie nicht vollständig, denn Novotny, seit 1953 Parteichef und seit 1957 Staatspräsident, hält noch immer seine Posten. Aber er musste recht viel Ballast dazu abwerfen, um sich zu halten, und ob das weiterhin genügt, ist fraglich.

In der CSSR war bezüglich Entstalinisierung bis zu diesem Jahr praktisch nichts Greifbares geschehen (mit Ausnahme des Sturzes von Rudolf Barak, dem ehemaligen Innenminister, im letzten Jahr). Seit Frühling aber gerieten die Dinge immer mehr in Fluss, und zwar in erster Linie von der Slowakei aus, wo sich wachsende Unzufriedenheit mit dem Prager Regime bemerkbar machte. Träger dieser halbwegs ideologischen, halbwegs nationalistischen Bewegung waren in erster Linie die slowakischen Schriftsteller, die an ihrem Kongress Ende April mit Nachdruck Wiedergutmachung der Verbrechen aus der stalinistischen Zeit, grössere Ausdrucksfreiheit und allgemeine Liberalisierung forderten. Prag versuchte sie erst in barschem Tone zurechtzuweisen, musste aber einen Monat später am Schriftstellerkongress der gesamten Tschechoslowakei in Prag einsehen, dass die Intelligenz des Landes sich das slowakische Anliegen zu eigen gemacht hatte und in ihren Voten den Parteivorschlägen Widerstand entgegenbrachte.

In den nächsten Monaten blieb das Ringen unentschieden. Novotny versuchte seinen Standpunkt in der Slowakei selbst mit Drohungen und Versicherungen klarzumachen, einige administrative Massnahmen wurden gegen slowakische Zeitungen ergriffen, die Exponenten der Liberalisierungswelle wurden heftig befehdet. Doch griff die Gärung nur weiter um sich, um so mehr, als das Regime zwischen Massnahmen der Unterdrückung und der Befriedung schwankte und so Unsicherheit zeigte. Dann erfolgte im August die lang verzögerte

Er wurde gestürzt: Der stalinistische CSSR-Regierungschef Siroky musste vom ebenfalls stalinistischen Partei- und Staatschef Novotny auf Druck von unten fallen gelassen werden.

Rehabilitierung Rudolf Slanskys (ehemaliger KP-Generalsekretär, 1952 hingerichtet) und 400 weiterer KP-Mitglieder unter den Opfern Stalins. Novotny selbst hatte damals seinen guten Anteil an der Liquidation Slanskys gehabt. Dann kam es am 20. September zum Sturz von Regierungschef Siroky und weiterer Mitglieder seines Kabinetts, offiziell vor allem wegen schlechter Wirtschaftsführung, die übrigens auch vorhanden war, war doch die CSSR das Land mit der schlechtesten Planerfüllung des Ostblocks.

Immerhin konnte sich Novotny durch diese Amputation am eigenen System noch behaupten und dramatischere Entwicklungen des Entstalinisierungsprozesses verhindern.

Für die tschechoslowakische Bevölkerung ist etwas anderes im Augenblick wichtiger: dass die Liberalisierung — die natürlich keineswegs Aufhebung des Diktatursystems bedeutet — auch in den Alltag eingedrungen ist, wo man sich freier geben kann als zuvor.

Veränderliches Wetter an der Kulturfront

Zu Beginn des Jahres nahm der Ostblock nach sowjetischem Beispiel einen harten Kurs in Kunst und Literatur auf, der das Ende der vorangegangenen «Tauwetterperiode» zu bedeuten schien. An einer Tagung der KP mit Schriftstellern vom 7./8. März in Moskau rechnete Chruschtschew persönlich vehement mit allen modernen Strömungen des Kulturlebens ab, die keinen Beitrag für die Stärkung der kommunistischen Gesellschaft darstellten. Die Partei verbat sich abstrakte Kunst, zu weit gehende Formen der Kritik am «Personenkult» (Stalinismus) und vor allem die Tendenz zur «ideologischen Koexistenz». Alte Parteidichter wurden abgekanzelt (wie Ehrenburg, der den Begriff des «Tauwetters» geprägt hat), Vertreter der jungen Generation mussten Selbstkritik üben und dann in der Versenkung verschwinden (wie Jewtuschenko, der sich nicht zuletzt durch seine Westtourneen verdächtig gemacht hatte). Der Parteistil des «sozialistischen Realismus» schien seine triumphierende Auferstehung zu feiern.

Aber dann ereignete sich etwas Erstaunliches: nämlich (fast) nichts. Die Folgen des Donnerwetters von höchster Parteiseite blieben weitgehend aus. Literatur- und Jugendzeitschriften veröffentlichten weiterhin Beiträge der beanstandeten Autoren, die sich ihrerseits mitnichten um einen wesentlich anderen Tonfall bemühten. Man sah der zweiten Runde entgegen, dem ZK-Plenum vom 18. Juni, wo die Schriftsteller eingeladen waren, sich im Parteisinne über die Aufgaben und Pflichten der Kulturträger zu äussern. Aber statt dem befohlenen Bekenntnis zur KP und ihrer alten Garde kam es zur Demonstration passiver Unbotmässigkeit. Die zum Rapport befohlenen Künstler und Literaten meldeten sich einfach nicht zum Wort und überliessen das Feld der abgestempelten Clique der Traktorbesinger und den kleinen Parteifunktionären, die sich leer redeten. Und hernach passierte wiederum nichts. Oder doch: die jungen Autoren stiegen nach der unentschiedenen Kraftprobe (ein moralischer Erfolg für sie) wieder im Kurs, und zwar bei der Partei selbst. Dazu mag beigetragen haben, dass Chruschtschew in seinem unterdessen ausgewachsenen Konflikt mit China der Schützenhilfe gerade von dieser Seite bedurfte. Der Parteichef liess sich im August persönlich vom Dichter Twardowskij aus seinem Werk «Tjorkin im Jenseits» vorlesen, das die systemgebundene Bürokratie der Sowjetunion lächerlich macht und sogar die Unterteilung der Welt in eine gute kommunistische und eine schlechte kapitalistische

Hälfte nicht gelten lassen will. Seither scheinen sich sowohl die Partei als auch die Vertreter der «neuen Welle» mit dem Status quo abgefunden zu haben, aus dem heraus natürlich immer eine neue Verschärfung entstehen könnte.

In den Volksdemokratien hatte der scharfe Kulturkurs vom Frühjahr verschiedene Auswirkungen. Bulgarien, das seine «kulturpolitische Kampagne» startete, und die SBZ, wo eigentlich nie etwas anderes gegolten hatte, nahmen ihn in voller Stärke auf und hielten an ihm fest.

Das Tauziehen zwischen Schriftstellern und Parteiführung in der Sowjetunion ist noch nicht entschieden. Oben: Der Dichter Jewgenij Jewtuschenko musste in der Versenkung verschwinden und lebt heute in seinem heimatlichen Sibirien. Unten: Der Schriftsteller Alexander Twardowskij. Chruschtschew liess sich von ihm aus einem satirischen Werk über heutige Zustände in der Sowjetunion vorlesen.

In Polen, dem Ostblockland mit der relativ grössten Freiheit, verschärfte sich — mit oder ohne direkten sowjetischen Einfluss — die Kulturpolitik zusehends. Im Sommer fand eine «ideologische Kampagne» zur «Hebung des sozialistischen Bewusstseins» statt, zwei kulturelle Zeitschriften mussten ihr Erscheinen einstellen und wurden durch eine orthodox-kommunistische Publikation ersetzt. Verstärkt hat das Regime auch seinen Druck auf die Kirche, u. a. auch durch Massnahmen wie die militärische Einberufung der Theologiestudenten.

In Ungarn verzichtete das Regime auch auf eine vorübergehende Frostperiode im Kultursektor, während in der CSSR die Intelligenz ja in Offensive stand und massgebenden Anteil an der dem Regime aufgezwungenen Entstalinisierung hatte.

Die Landwirtschaft

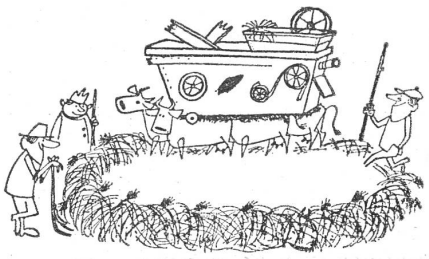
Mit dem Einkauf von über zehn Millionen Tonnen Weizen im Westen hat die sowjetische Landwirtschaft ihren Misserfolg zugeben müssen. Die Ernte war schlecht, die Kampagne zur Gewinnung von neuem Ackerland hat viel weniger eingebracht als erhofft, die sowjetische Ausfuhr (z. B. nach Kuba) stieg in den letzten Jahren. Das sind alles Gründe, die hinter dem einen Grund zurückstehen, dass das kommunistische System allgemein mit dem Landwirtschaftsproblem schlecht fertig wurde, weil Parteibürokratie das Interesse des Bauern am eigenen Boden nicht ersetzen kann.

Auch in den Volksdemokratien blieb die Landwirtschaft in der Planerfüllung hinter der Industrie zurück (in der CSSR war beides unbefriedigend). Besser als befürchtet waren die Erträge immerhin in der SBZ und Polen, das sich aber dafür dieses Jahr den Problemen anderweitiger Erkrankungen in der Wirtschaft gegenübergestellt sah und u. a. inflationistischen Tendenzen zu wehren hatte.

Chruschtschew hat auf die Landwirtschaftsmisere auf seine Art reagiert: mit einer neuen Kampagne und mit einer Reform. Dass gerade seine zahlreichen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik ein dauerhaftes Programm beeinträchtigen könnten, scheint er sich weniger überlegt zu haben. Jetzt ist die Produktion von Kunstdünger Trumpf geworden und hat alle andern Planziele in den Hintergrund gedrückt. Die UdSSR will ihre Kunstdüngerproduktion von gegenwärtig 35 Millionen Tonnen innert sechs Jahren auf 100 Millionen Tonnen steigern.

Man kann, wie es in einem sowjetzonalen Witz heisst, auf das Experiment gespannt sein, dass die Partei statt Mist nun Dung produzieren will.

Immerhin: Ein neuer Realismus ist nicht zu bestreiten. Das immer wieder verkündete und immer wieder aufgeschobene Nahziel, die amerikanische Produktion einzuholen, ist eingestandenermassen zum Fernziel geworden.



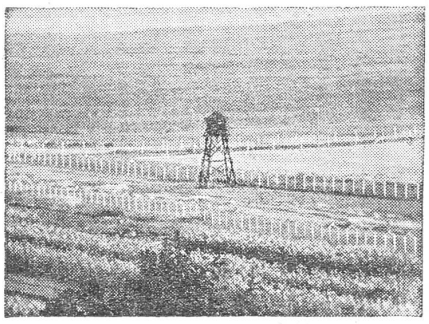
Was nie geht, ist die Landwirtschaft. «Dreschmaschinen im Einsatz» heisst es unter dieser Karikatur von «Starschel», Sofia.

Die Entspannung

zwischen West und Ost hat im Jahre 1963 Fortschritte gemacht. Sinnbild dafür ist das Atomtestabkommen vom August. Der Eiserne Vorhang ist noch keineswegs abgeschafft, aber er ist durchlässiger geworden. Ungarn und die Tschechoslowakei haben den Fremdenverkehr liberalisiert, und sogar die Berliner Mauer hat um die Weihnachtszeit wenigstens etwas von ihrer Starre verloren, da Westberlinern kurze Besuche von Angehörigen im Ostsektor gestattet wurden. Einzelne Zwischenfälle, wie die Verhaftung des amerikanischen Professors Baarghorn in Moskau, haben gezeigt, dass Vorsicht immer noch am Platze ist. Aber die Entspannung, die nicht lediglich vom Kreml aus als politisches Manöver diktiert ist, sondern einer Entwicklung folgt, an der auch der Westen aktiv beteiligt ist, hat uns neue Chancen gegeben. Ihre Gefahren bestehen in der nachlassenden Aufmerksamkeit gegenüber Subversion und Propaganda oder in der Verkennung und Verharmlosung eines Systems, das den Charakter einer Diktatur behalten hat, auch wenn diese mit andern Methoden arbeitet.

•

Die diesjährige Entwicklung der kommunistischen Welt hat einen erstaunlichen Verlauf genommen, besser gesagt, eine erstaunlich rasche Entwicklung. Ob nun, vor allem in der Frage der sino-sowjetischen Auseinandersetzung, eine Verzögerung eintritt oder gar eine rückläufige Bewegung, wird das neue Jahr weisen.



Der Eiserne Vorhang an der tschechoslowakischen Grenze. Er ist durchlässiger geworden.

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 27769 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.